



SPD • Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

HAUSHALT 2023

Zweite Lesung

Donnerstag, 10. November 2022

Haushaltsrede

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Landrat,
liebe Kolleg:innen,
liebe Zuhörer:innen,

Liebig gern hätten wir heute auf eine Pandemie zurück-gebliekt und uns voll den bestehenden Herausforderungen zuwenden wollen. Pustekuchen. Mit dem Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine liegt eine Zeitenwende, ein Epochenbruch vor, wie es unser Bundeskanzler und unser Bundespräsident formulieren.

Noch während wir emotional all das Verarbeiten, fordert die Realität längst Taten. Und natürlich bleibt es in dieser nicht beim Krieg allein: Corona, Flüchtende vor Krieg, Hunger & Perspektivlosigkeit, der Schutz unseres Planeten, die Demografie, die digitale Transformation. All diese komplexen und globalen Herausforderungen treffen uns zeitgleich. Wie nun dem begegnen?

Zur Realität zählt allerdings auch: All diese Herausforderungen treffen uns in unserer Gesellschaft durchaus sehr unterschiedlich. Als SPD stellen wir daher den Schutz des sozialen Friedens, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Mittelpunkt. Dieser hat in der Pandemie erheblich gelitten. Umfragen zufolge halten ihn 48%, teilweise gar über 60% für gefährdet. Doch ist es gerade der soziale Kitt, der unsere Demokratie, unsere soziale Marktwirtschaft, unser Gemeinwesen trägt. Wir müssen alles daransetzen, uns nicht auseinanderdividieren zu lassen und diesen Zusammenhalt zu stärken.

Für uns als SPD heißt das allen voran, gerade für diejenigen da zu sein, die es nicht alleine schaffen.

Richtig ist - wie auch Sie, Herr Landrat betonten -, dass der Staat allein nicht alles leisten, jegliche Belastung kompensieren kann. Und das muss er auch nicht. Denn viele sind stark genug, nach vielen fetten Jahren, Jahren des Rückenwinds, nunmehr die rauerer Jahre selbst zu bewältigen - wenn wir bereit sind uns einzuschränken. Unsere Aufmerksamkeit muss daher dem Schutz der Vulnerabelsten unter uns gelten.

Daher ist es richtig, dass Bund und Länder Handlungsfähigkeit beweisen. Dass wir mit dem Bürgergeld, den steigenden Wohngeldgrenzen, dem Mindestlohn, der Energiepreislremse, den Rettungsschirmen und vielem mehr zum Schutz vieler - auch und gerade durch fiskale Umverteilung - beitragen.

Zu einem guten Umgang mit allen Herausforderungen braucht es aber mehr: All diese Herausforderungen werden nicht Morgen enden. Im Gegenteil. Ein permanentes Springen von Krise zu Krise, gar das Gerede von "Dauerkrisen" oder „Krisen in Hüllen und Fülle“ wird unsere Gesellschaft weder widerstandsfähiger noch resilienter werden lassen. Es wird Zeit sich von der Krisenfokussierung abzuwenden, sich der Veränderung positiv gegenüber zu stellen. Wir brauchen mehr Mut, wir wollen die Zukunft und die notwendigen Transformationen mit neuen Ansätzen gestalten. Es ist gerade die Aufgabe der Politik, auch die eines Landrats, lieber Herr Einger, hier gemeinsam mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft diese Zukunftsideen, diese Zukunftsvisionen zu schaffen statt allein auf (Krisen-)Sicht zu fahren.

Hier und heute ist es unsere gemeinsame Aufgabe, mit dem Blick auf den Haushalt und die Zukunft unseres Landkreises, die vor uns liegenden Veränderungsprozesse aktiv und im Sinne einer Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts zu gestalten.

[(1) Zusammenhalt stärken]

Zuallererst wollen wir daher diejenigen Institutionen stärken, die sich Menschen widmen, die Unterstützung benötigen oder weniger resilient sein können. Vier Bereiche möchten wir in diesem Jahr herausgreifen:

1. Erstens: Unsere Tafeln im Landkreis. Im Grunde genommen ist es traurig, dass wir sie in einem reichen Land wie dem unseren überhaupt benötigen. Doch zur Realität gehört, dass sie eine dringend notwendige Infrastruktur darstellen, auf die wir angewiesen sind. Wir sind den Wohlfahrtseinrichtungen wie Ehrenamtlichen dankbar für ihr Engagement. Wir wissen, dass es derzeit an vielen Ecken auf Kante genäht ist. Beim Personal können wir nur bedingt unterstützen - bitten aber darum zu prüfen, inwieweit unsere beruflichen Schulen, unsere Azubis und andere Kreiseinrichtungen stärker auf das Engagement aufmerksam gemacht werden können. Finanziell hingegen können und sollten wir unseren Beitrag zur Entlastung leisten.
2. Ebenso leistet auch die Integrations-Hilfe für Geflüchtete einen wesentlichen Beitrag: Für alle die noch länger bleiben werden, liegt in der Sprache der Schlüssel zur Integration. Auch Dolmetscher*innenpools sind wichtige Bausteine. Wir sehen hier den Bedarf, ausreichend Angebote zur Verfügung zu stellen - und wie schon seit so vielen Jahren Bürokratie im Aufenthaltsrecht abzubauen, Arbeitszugänge zu erleichtern. Ich möchte an dieser Stelle betonen: Wir anerkennen und danken der Verwaltung und allen Beteiligten für die riesigen Herausforderungen, die sie gerade im Schatten öffentlicher Aufmerksamkeit bewältigen.
3. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, gesellschaftliche Teilhabe kennt aber auch eine weitere, uns wichtige Dimension: Die selbstverständliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft.
 - Daher wirkt sich die Unzuverlässigkeit der Schüler:innenbeförderung für Menschen mit Behinderung nicht nur negativ auf die Zeitplanung der Eltern, sondern auch auf das gesamte Leben junger Menschen aus. Wir erwarten hier mehr Verlässlichkeit und bitten um einen Bericht, wie dies erreicht werden kann.
4. Viertens und abschließend wollen wir den Fokus auch dieses Jahr auf junge Menschen richten:

Gerade junge Menschen haben die Pandemie als besonders belastend erlebt. Die Zukunft, ihre Zukunft wird weitgehend fremd- ohne sie bestimmt. Generationengerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Gegen diese Ohnmacht und Belastung setzen wir auf Beteiligung und das Erleben von stärkenden Freiräumen. In unserem Landkreis sind wir durch einen starken Kreisjugendring als Partner des Landkreises gut aufgestellt. Dies gilt es zu erhalten. Weiterhin sehen wir in der Stärkung der Schulsozialarbeit an unseren landkreiseigenen Schulen unmittelbare Ansatzpunkte, wie wir junge Menschen bei ihrem gelingenden Aufwachsen begleiten können.

Was für alle jungen Menschen gilt, gilt im Besonderen für diejenigen, die in Armut leben. Gerade hier verschärft die Pandemie bereits bestehende Defizite. Es ist unerträglich, dass jedes 5. Kind unseres reichen Landes unter der Armutsgrenze lebt. Wir wollen die ersten Bemühungen des Landkreises gerne verstärken, indem wir Maßnahmen und Wege in einem Armutsbericht fest vereinbaren.

Apropos junge Generation: Lassen Sie uns zu unserem zweiten Schwerpunkt, der sozial-ökologischen Transformation kommen.

[(2) Sozial-ökologische Transformation]

Eingangs möchte ich unseren Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zitieren: "Ohne den Kampf gegen den Klimawandel ist alles nichts. Er braucht unsere ganze Kraft. Beweisen wir jetzt unsere Stärke in der Veränderung! Ermöglichen wir unseren Kindern und Kindeskindern ein gutes Leben auf unserem Planeten! Wir haben das in der Hand!" (Zitat Ende)

Nach Wochen der national-fokussierten Energiekrise rüttelt uns die alljährliche nunmehr 27. Weltklimakonferenz hoffentlich wach. Es wird deutlicher denn je, wie weit wir abseits des 1,5 Grad Pfads des Pariser Klimaabkommens geraten sind. Sollten wir tatsächlich den derzeitigen 2,5 Grad Pfad weiterverfolgen, werden grundlegende Veränderungen auf uns zukommen. In erster Linie werden sie aber zuallererst die ärmeren, weniger privilegierten Staaten auf unserem Planeten treffen. Konflikte, Verwerfungen sind vorprogrammiert.

Es wird einmal mehr deutlich: Der Schutz unseres Planeten ist die zentrale Frage des sozialen Zusammenhalts - wohlgernekt des globalen sozialen Zusammenhalts.

Darum ist es unumgänglich, hier einen Zahn zu zulegen. Wir brauchen mehr Tempo im Klimaschutz! Wir müssen aber nicht nur so schnell wie möglich, sondern auch so wirksam wie möglich handeln. Umso rascher CO₂-Reduktionen jetzt erfolgen, umso leichter werden unsere Anstrengungen später.

Mit diesem Maßstab blicken wir daher auf die Anstrengungen in unserem Landkreis:

Gut, dass wir mit dem Monitoring des EEA sehen, wie viel Luft nach oben wir allein vergleichsweise zu anderen teilnehmenden Landkreisen noch haben. Dieser Bericht sollte aber nicht allein "zur Kenntnis" genommen, sondern unmittelbarer Anlass für eine Beschleunigung und Nachschärfung unserer Bemühungen sein. Als SPD haben wir daher einige Fragen und Forderungen aus dem Bericht abgeleitet. Erneuern möchten wir unsere Forderung nach einer Ableitung unserer eigenen Zielsetzung ausgehend von der landes- und bundesgesetzlichen Vorgabe, die Klimaneutralität spätestens 2040 zu erreichen. Selbst das wird aller Voraussicht nach das 1,5 Grad Ziel verfehlen. Doch halten wir weniger als dasjenige, was wir indirekt, aber selbstbindend durch Beitritt zum Klimaschutzpakt bereits erklärt haben, für unvertretbar. Darum bitten wir um Transparenz bei der Zielsetzung, sowie heruntergebrochene Sektorenziele, wie sie das Land nun selbst - wenn auch sehr spät - für sich vorgenommen hat.

Im Lichte der ambitionierten Anforderungen ist uns der Output unserer Klimaschutzagentur noch zu gering. Wir erwarten hier, dass die Agentur stärker auf Multiplikator:innen setzt und ihre Wirkung über die wenigen sichtbaren Orte, an der sie in Erscheinung tritt, erhöht.

Auf drei Maßnahmen legen wir in diesem Jahr noch einmal besonderen Augenmerk:

1. Erstens freuen wir uns, dass beim Ausbau der Photovoltaik nun endlich Tempo aufgenommen wird. Bereits 2021 hatten wir gefordert, dass dem Bestand mehr Beachtung geschenkt wird und alle geeigneten Dächer bis 2025 ausgebaut werden. Nüchtern betrachtet: Hätten wir früher begonnen, wäre ein Teil der Preisexplosion für uns nun weniger relevant gewesen oder hätten wir den aktuellen Lieferengpässen auch etwas zuvor kommen können. Sei's drum: Jetzt müssen wir dringend umsteuern und schleunigst mit verbindlicher Frist umsetzen.
2. Zweitens halten wir eine energetische Sanierung der Freizeithäuser für dringend geboten. Gerade das Otto-Weinmann-Haus dient einer Vielzahl von jungen Menschen als wichtiger Freizeit- und Bildungsort. Junge Menschen, denen Klimaschutz besonders wichtig ist, sollten vielmehr eine Möglichkeit haben, in einem nachhaltigen Leuchtturm Freiwilligendienstseminare, Freizeiten und Hüttenwochenenden erleben zu dürfen.

3. Drittens sehen wir im Bereich unserer Beteiligungen unerschlossenes Potenzial. Gerade die Kliniken tragen erheblich zu unserem ökologischen Gesamt-Fußabdruck bei. Darum beantragen wir eine Nachhaltigkeitsstrategie in all unseren Beteiligungen auf den Weg zu bringen.

Kommen wir zu unserem dritten und letzten Schwerpunkt, der zugleich ein zentrales Handlungsfeld auf dem Weg zur Klimaneutralität darstellt: Der Zukunftsgestaltung unserer Mobilität.

[(3) Mobilitätswende = Vorfahrt für den ÖPNV!]

Ich möchte noch einmal erinnern: Der Verkehr macht rund 30 Prozent unserer CO₂-Emissionen aus. Allen voran der Individualverkehr verbraucht ein Vielfaches an Energie pro km und Person gegenüber Bus und Bahn. Höchste Priorität hat für uns daher die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs!

Die Mobilitätswende ist allerdings nicht nur ein zentraler Baustein des Klimaschutzes, sondern auch ein wesentliches Feld, Transformation sozial gerecht zu gestalten. Trotz der Gefahr, dass Sie bereits mitsprechen können, wiederhole ich gerne noch einmal: Die Alltagsmobilität jeder*s Einzelnen darf keine Frage der sozialen Leistungsfähigkeit sein. Sozial gerechte Klimapolitik schließt zwingend eine Bezahlbarkeit der Verkehrsalternativen mit ein.

Seit jeher ist es uns ein Anliegen, Preissenkungen und Angebotsausbau nicht gegeneinander auszuspielen, sondern gleichermaßen zu verfolgen.

Heute kann ich sagen: Wir sehen uns im gegenwärtigen Handeln in Bund und Land endlich bestätigt. Daher freuen wir uns, dass nach dem 365€ Jugendticket nun mit dem 49€ Ticket ein bundesweites digitales Abo zustande kommt. Klar, wer mitrechnet, stellt fest: Es fehlen noch ein paar Euro zu einem von uns geforderten 365€ Ticket für alle. Dennoch: Es ist ein Quantensprung.

Schon das 9€ Ticket zeigte, welchen Schub ein einfach verfügbares, übergreifendes wie bezahlbares Ticket für den öffentlichen Nahverkehr haben kann. Und an die Adresse all derjenigen, die gesteigerte Nutzungen durch Gelegenheitsfahrende und Freizeitverkehrende kritisieren, sei gesagt: Jede Familie oder jede Rentner*in, die sich einen Ausflug sonst hat nicht leisten können und neu, ja zusätzlich hat wahrnehmen können, hat damit eine neue Lebensqualität erfahren - und nebenbei einen umweltfreundlichen Beitrag zum Lokaltourismus geleistet.

Das Deutschlandticket wird - gepaart mit dem Jugendticket - eine Tarifrevolution begründen. Daher halten wir es für erforderlich, unseren VVS-Tarifdschungel an diese neuen Bedingungen anzupassen - und dies zeitnah im VVS gemeinsam anzugehen. Dabei wollen wir auch Ideen aus der Landeshauptstadt wie ein 24,50€ Sozialticket oder gezielte Angebote für Meisterschüler*innen und Azubis über 27 Jahre für den ganzen VVS (ergebnisoffen) beraten.

Dass in alledem nicht nur Mehrbelastungen auf den Landkreis zukommen, zeigte bereits das 9€ Ticket. Neben seiner verkehrlichen Wirkung lag darin auch ein indirektes "Kommunales Entlastungspaket" - für unseren Landkreis in Höhe von 1,7 Mio. Euro (vgl. Finanzzwischenbericht, September 22).

Die bundesweite Tarifrevolution zeigt aber auch, welche Gestaltungsmöglichkeiten Politik hat, wenn sie bereit ist, außerhalb bisheriger Systeme zu denken und neue Lösungen zu entwickeln. Einen ähnlichen Impuls der Beschleunigung wünschen wir uns auch bei allen Planungen von Infrastrukturprojekten und der Verlässlichkeit des Betriebs. Wir freuen uns daher über die erhöhten Regionalisierungsmittel des Bundes und unterstützen alle

Überlegungen für einen weiteren Schienenausbau, etwa den erneuten Vorstoß für den U7-Ringschluss von Nellingen nach Esslingen. Auch realistische Szenarien für einen S-Bahn-Ringschluss ins Neckartal finden unsere volle Unterstützung.

Die Betonung liegt allerdings auf realistisch. Ob sich eine Magnetschwebebahn als bahnbrechende Idee oder vielleicht doch eher eine Träumerei herausstellen wird, wird sich weisen. Schön ist immerhin, dass wir von der CDU nunmehr auch zukunftsgerichtete Ideen hören können. Aber heute klingt das bei Ihnen, lieber Kollege Friz, wieder wie gewohnt: Den Status Quo als höchste Zielsetzung zu erachten lässt von ambitionierter Mobilitätswende und dem notwendigen Klimaschutz weit und breit keine Spur.

Der ÖPNV ist jedoch nicht nur ein wichtiger Baustein eines sozial gestalteten Klimaschutzes. Er muss auch selbst klimafreundlich sein, wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen. Darum ist uns die Umsetzung der Clean Vehicle Directive wichtig. Gerne hätten wir diese bereits im Rahmen des Nahverkehrsplanes berücksichtigt. Wir freuen

Wir freuen uns, dass das Thema nun morgen in der Arbeitsgruppe ÖPNV erstmals beraten wird. Halten eine Umsetzung in 2023 für erforderlich.

[(4) Finanzen]

Für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, ebenso wie für die Gestaltung der Zukunft benötigen wir in den Kommunen einen ausreichenden finanziellen Spielraum.

Darum erwarten wir vom Land, dass es dazu beiträgt, die kommunalen Aufgaben bewältigen zu können und sich nicht auf unseren Lasten zu sanieren, in dem offene Posten in der Flüchtlingshilfe getilgt und neu erhaltene Mittel weitergeleitet werden. Besonders dringlich sehen wir, dass der lange währende Streit um die Finanzierung unserer digitalen Bildungsangebote beigelegt und das Land die Finanzierung der digitalen Lehrmittel als Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit trägt.

Zum finanziellen Spielraum zählt allerdings auch die Finanzpartnerschaft zwischen Landkreis und seinen Städten und Gemeinden:

Mit 274 Mio. € erreicht die Kreisumlage den höchsten Satz aller Zeiten. Zwar gehen damit auch zu bewältigende Großprojekte in nie dagewesener Höhe mit einher. Selbiges gilt auch für die vielen Herausforderungen der Städte und Gemeinden. Uns war und ist es ein zentrales Anliegen, dem Kreisetat dasjenige zur Verfügung zu stellen, was angemessen und notwendig ist - und gleichsam verantwortlich für die Städte und Gemeinden zu handeln.

Blicken wir auf die jüngere Vergangenheit zurück, so zeichnet sich, trotz der vielbeschworenen "fairen Finanzpartnerschaft" ein nicht immer diesem Leitsatz folgendes Bild:

Über Jahre hinweg erwirtschaftete der Landkreis nunmehr erhebliche Überschüsse. Diese waren unseres Erachtens nach teilweise vorprogrammiert, konnten doch gewisse Annahmen schlichtweg nicht wie erwartet eintreten - Stichworte wie die Grunderwerbsteuer und eine realistische Personalbesetzungsquote mögen an dieser Stelle genügen. Diese Überschüsse wiederum verbleiben zu 60% beim Kreis, allein 40% gehen nachträglich zurück an die Kommunen. Wir sahen und sehen in den Finanzierungsleitlinien daher einen Mechanismus gegeben, der zu einem überhöhten Planungsansatz verleitet und wollen daher diese Leitlinien nach nunmehr über 10 Jahren überprüfen und weiterentwickeln.

Für den aktuellen Haushalt sehen wir erneut Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage auf mindestens 28,5 Hebesatzpunkte.

[Ich komme zum Schluss]

Wir alle spüren es: Die vor uns liegenden Herausforderungen sind groß. Die 20er Jahre werden maßgeblich für das weitere Jahrhundert sein. Als SPD wollen wir den Wandel als Chance begreifen und die Transformationen aktiv und sozial-gerecht zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gestalten.

Eines aber dürfen wir dabei nicht missverstehen: Den gesellschaftlicher Zusammenhalt stärken, heißt nicht, Konflikten und dem lebendigen Streit aus dem Weg zu gehen. Im Gegenteil. Demokratie lebt vom Streit. Erst der lebendige (Wett-)Streit führt zu neuen, gemeinsamen Lösungen. In diesem Sinne freuen wir uns auf die Beratungen!